



DUMM, BEQUEM UND HILFLOS AGGRESSIV

Anmerkungen zur Verfassung der deutschen Linken

Von WOLFGANG HÜBNER | Noch vor wenigen Jahren konnte man mit guten Gründen über den jämmerlichen Zustand der völlig isolierten politischen Rechten in Deutschland klagen. Seit dem Aufstieg einer neuen konservativ-bürgerlichen Partei mit rechten Akzenten wie der AfD und dem wachsenden Einfluss einer zunehmend die bisherigen geistigen Dominatoren angreifenden intellektuellen Neuen Rechten hat sich die Situation drastisch verändert. Denn jetzt ist es die politische Linke, die in einer erbärmlichen Verfassung ist. Davon kann sie auch mit hysterischem „Nazi, Nazi“-Geschrei und „Hass“-Angstmacherei bestenfalls nur noch sich selbst sowie schreckhafte Zeitgenossen ablenken.

Diese Linke, die weit mehr umfasst als nur die Linkspartei und linksextremistische Strömungen, nämlich auch nicht geringe Teile der SPD, der Grünen und linksliberaler Kreise, zeigt sich der Herausforderung durch neue Kräfte in keiner Weise gewachsen. Vielmehr erscheint diese Linke als dumm, bequem und hilflos aggressiv in ihren Artikulationen und Aktionen.

Weil die Linke keine überzeugenden, geschweige begeisternde Antworten auf die realen Probleme der Gegenwart wie

Schuldenkapitalismus, Globalisierungsfolgen, Masseneinwanderung, Umvolkung und mehr hat, richtet sich ihr aus Angst und tiefer Verunsicherung gespeister Zorn gegen all jene Kräfte, die längst schon erledigt und vergraben schienen. Da zumindest die deutsche Linke analyseunfähig und auch analyseunwillig ist, kann sie in der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung nur die skandalöse Wiederauferstehung historischer Gespenster erkennen.

Auseinandersetzung mit Rechten wird Linken nicht erspart bleiben

Um diese Gespenster zu vertreiben, am liebsten natürlich endgültig, wird nun versucht, die AfD zur neuen NSDAP zu dämonisieren, ein Höcke soll als Hitler 2.0 gehandelt werden und weite Teile der Deutschen, auch der Nichtwähler der AfD, werden unter Verdacht gestellt, ein unausrottbares Nazi-Gen zu haben. Dieses polemische Vorgehen verspricht den Vorteil, sich die mühevollen, im Resultat ungewisse Auseinandersetzungen mit den aufstrebenden neuen Kräften ersparen zu können. Der Nachteil ist jedoch: Diese Auseinandersetzung, die für die Linke nicht zuletzt auch eine Auseinandersetzung mit dem eigenen Zustand beinhaltet, kann und wird ihr nicht erspart bleiben.

Ein besonders prägnantes Beispiel für die desolate Verfassung in linken Kreisen ist der Streit um die Flüchtlingsproblematik, die in der Linkspartei mit Wagenknecht und Lafontaine auf der einen und der Parteiführung der Linkspartei auf der anderen Seite geführt wird. Im Wahlprogramm, das übrigens auch das bekannteste Paar der deutschen Politik vor dem 24. September unbeanstandet ließ, werden offene Grenzen samt einer unbegrenzten Aufnahme von Menschen aus der ganzen Welt in den Sozialstaat Deutschland gefordert. Damit hat ausgerechnet die nach eigenem Anspruch allerlinkste Partei im Berliner Kartell den zweifellos sichersten Weg zur völligen Ruinierung des Sozialstaats formuliert.

Linke erklärt Zusammenhang von Nationalstaat und Sozialstaat nicht

Nach der Wahl wollen Wagenknecht/Lafontaine in diesem sozialpolitischen Suizidversuch den Grund für das schwache Abschneiden der Partei in Mitteldeutschland sowie bei Arbeitern und Arbeitslosen erkannt haben, nicht ohne Grund. Doch dass es überhaupt dieser späten Erkenntnis bedurfte, dokumentiert die himmelweite Entfernung in der Linken von der Realität der Masse der Deutschen. Sie hat sich so sklavisch in die Fänge eines asozialen „Menschenrechts“-Universalismus begeben, dass sie den zwingenden Zusammenhang von Nationalstaat und Sozialstaat nicht mehr begreift.

Deshalb ist sie weder willens noch fähig, sich mit der Lektüre des ehemaligen Linken und Universalhistorikers Rolf Peter Sieferle und seines nachgelassenen Werks „Das Migrationsproblem“ auseinander zu setzen. Sieferle beweist in dem Buch glasklar, nämlich logisch wie empirisch unwiderlegbar, die Unverträglichkeit und Unvereinbarkeit von Masseneinwanderung und Sozialstaat. Zwar lesen nur die allerwenigsten Normalverdiener, Arbeiter und Arbeitslose dieses Buch, aber dafür verstehen sie instinktiv einen Zusammenhang, den Linke in allen Varianten offenbar nicht mehr sehen können und Grüne wie Linksliberale nicht verstehen wollen.

Linke als geduldeter Dackel der globalistischen Großprofiteure

Traditionell ist das herausragende Motiv linker Politik und linken Handelns das Streben nach Gerechtigkeit und Gleichheit der Verteilung gesellschaftlich geschaffenen Reichtums. Das kann aber, wenn überhaupt, nur in einem halbwegs überschaubaren nationalen oder regionalen Rahmen geschehen. Eine Linke, die in internationalistischem Größenwahn diese Beschränkung ignorieren will, ist faktisch nur der geduldete Dackel der globalistischen Großprofiteure. Und Linksextremisten, die mit Diffamierung und Gewaltaktionen

gegen alle vorgehen, die auf die Nation und kulturellere Identität nicht verzichten wollen, sind nichts als die faktische SA des politischen und gesellschaftlichen Machtkartells, öffentliche Subventionierung inbegriffen.

Die Linke ist zu dumm und zu bequem geworden, um ihre tatsächliche Rolle zu verstehen oder gar in Frage zu stellen. Deshalb werden mit besonderer Wut alle jene bekämpft, die aus ihren Reihen den Dialog mit Vertretern der AfD oder Neuen Rechten suchen. Das hysterische „Nazi“-Geschrei gilt insofern nicht zuletzt als Warnruf in die eigenen Reihen. Denn es ist bei dem desolaten intellektuellen Zustand der Linken mehr als wahrscheinlich, dass einzelne ihrer Köpfe aus diesem Dialog klüger und kritischer als zuvor herauszukommen. Genau das fürchten die Ideologiewächter in der Linkspartei, bei den Linksextremen, aber auch bei den Grünen, der SPD und in den linksliberalen Kreisen wie der Teufel das Weihwasser.

Gleichwohl wird es auch in der Linken immer wieder und vielleicht sogar immer mehr Menschen geben, die sich dem informellen Kontaktverbot mit „Rechtspopulisten“ und der intellektuellen Neuen Rechten widersetzen werden. Beide Seiten können davon nur profitieren. Diejenigen in den linken Kreisen, die diese Begegnungen scheuen, sabotieren oder stören wollen, sind diejenigen, deren geistiger Horizont zu eng und zu arm ist, um veränderte Realitäten zu verstehen, um sich veränderten Herausforderungen zu stellen. Behalten sie in der Linken weiterhin die Oberhand, wird dieser Teil des politischen Spektrums nur die Rolle eines alte Phrasen schwingenden Wurmfortsatzes des (noch) herrschenden Kartells spielen können.



Hübner auf
der Buchmesse
2017 in
Frankfurt.

PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der 71-jährige leidenschaftliche Radfahrer ist über seine Facebook-Seite erreichbar.



**Köln: Ghanaer misshandelt
Sohn (3) in Zug und verwüstet**

Polizeizelle

Von JOHANNES DANIELS | „Vier kleine Ghanaer, die fahren mit der Bahn – doch sie wüteten wie Dschingis Khan und legten alles lahm“. Die Bilanz eines Familienausfluges einer vierköpfigen Familie aus Ghana endete im totalen Chaos: Kind brutal gegen Kopf geschlagen – Mutter im Krankenhaus – Vater läuft Amok – Pfefferspray-Einsatz – Polizeizelle komplett verwüstet – Feuerwehr-Einsatz – Notarzt-Einsatz – Vater im Krankenhaus – Entlassung aller aufgrund fehlender Haftgründe.

Die Ghanaische Art, Halloween zu feiern

Am Samstagabend bemerkten Passagiere eines Kölner Regionalexpresszugs einen „getönten Merkelgast“, 27, der seinen dreijährigen Sohn immer wieder „brutal auf den Kopf schlug“ und anschrie, während die Mutter untätig daneben saß. Die Mutter, 22, habe anstatt auf den Vater einzuwirken, ihr zehn Monate altes Baby ebenfalls angeschrien. Die Ghanaer fielen durch ein „äußerst aggressives Verhalten“ auch gegen andere Fahrgäste auf. Die Fahrgäste alarmierten daraufhin die Polizei. Am Kölner Hauptbahnhof wurde die kleine Familie abgefangen und von der Bundespolizei vernommen. Der Vater wurde zunächst vorläufig festgenommen.

Die Kinder sollten aufgrund der Vorkommnisse zu ihrem Schutz über Nacht in die Obhut des Kölner Jugendamtes kommen. Die schon wieder schwangere Mutter wehrte sich aber gegen den Einsatz so stark, dass sie sich selbst erheblich verletzte und ins Krankenhaus gebracht werden musste. Daraufhin rastete der „Overrather“ komplett aus. Er zerstörte die Inneneinrichtung des Durchsuchungsraumes der Bundespolizei.

Amok in Zelle: „Overrather“ mittels Pfefferspray, Notarzt und Handschellen beruhigt

In seiner Zelle lief er Amok und riss eine Bank aus der Verankerung, schlug ein Sicherheitsglas kaputt und zerstörte

eine Tür, die nur mit Unterstützung der herbei gerufenen Feuerwehr wieder geöffnet werden konnte. Mittels Pfefferspray-Einsatz konnten dem aggressiven Schutzsuchenden dann Handschellen angelegt werden. Ein Notarzt wurde geholt, um den Vater „ruhig zu stellen“ und anschließend ins Krankenhaus einzuliefern. Die Ermittlungen der Bundespolizei wegen Misshandlung von Schutzbefohlenen, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Sachbeschädigung dauern an: Die Kosten für die verschiedenen Einsätze und Verwüstungen belaufen sich auf über 10.000 Euro zu Ungunsten des Steuerzahlers. Das „Ehepaar aus Overath“ wurde am Sonntagmorgen allerdings aufgrund „fehlender Haftgründe“ wieder entlassen.

Ghana ist sicherer Herkunftsstaat mit hohem Wirtschaftswachstum

Es stellt sich wieder einmal die Frage, warum so viele Schutzsuchende aus Ghana ausgerechnet durch die deutschen Sozialsysteme vollkommen rechtswidrig apanagiert und nicht abgeschoben werden: Das ehemalige englische Muster-Commonwealth-Land Ghana gilt seit Jahrzehnten als politisch stabil und zeichnet sich als eine der drei boomenden Volkswirtschaften im „Subsahara-Raum“ neben Südafrika und Nigeria aus. Mit einem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 5,2 Prozent in den letzten Jahren befindet sich Ghana auf einem stärkeren Wachstumspfad – die mittelfristigen Aussichten für das Land sind durchaus positiv.

Ghana gilt als politischer „Vorbildstaat“ in Afrika und ist selbstverständlich ein sicheres Herkunftsland. Als erstes Land in Afrika südlich der Sahara gelang es Ghana, die Armut innerhalb seiner Bevölkerung im Vergleich zu 1990 zu halbieren. Ebenso ist es gelungen, den Anteil der Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser zu halbieren. Seit 2005 können zudem alle Kinder kostenlos die Schule besuchen und erhalten einen Zuschuss für Essen und Bekleidung.

Ghana: Bekämpfung der Fluchtursachen mit hohen Steuermitteln

Die finanzielle Unterstützung allein durch „IWF-Kredite“ betrug weit über eine Milliarde Euro über die letzten vier Jahre, auch der Staatshaushalt 2017 steht im Zeichen der Konsolidierung. Selbstverständlich gehört Ghana auch zu den Kooperationsländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, mit denen die Bundesrepublik eng zusammenarbeitet. Schwerpunkte der finanziellen Unterstützung sind die Bereiche Dezentralisierung, Förderung der Landwirtschaft und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung – Stichwort „Clean Energy“. Für drei afrikanische „Reform-Champions“, darunter Ghana, investiert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in diesem Jahr sogar „zusätzliche“ 300 Millionen Euro Steuern.

Deutschland ist wichtiges Exportland für Ghana – neben Gold, Diamanten, Kakao, Aluminium und Manganerz exportiert Ghana aber leider auch eine hohe Anzahl Krimineller ins gelobte Land Germany. Immer wieder zeichnen sich gerade Illegale aus Ghana durch erhöhte Gewaltbereitschaft in Asylunterkünften und an der deutschen Bevölkerung aus. Auch „Eric X.“, der Camping-Vergewaltiger von Bonn-Siegauen stammt aus dem westafrikanischen Musterländle.

PI-Autor JOHANNES DANIELS ist gut mit den entwicklungspolitischen Gegebenheiten in Ghana vertraut. Seit 20 Jahren unterstützt er mit Rotary International ein erfolgreich gemanagtes Schulprojekt in Ghana in sechsstelliger Höhe. Junge Menschen sollen durch gute Bildung vor Ort im eigenen Land gehalten werden und dieses weiter mitgestalten. Leider unterläuft die deutsche Regierung mit ihren enormen Sozialanreizen („Merkel-Magnet“) und der irren Politik der offenen Grenzen und Nichtabschiebungen dieses private Engagement.



Lamyia Kaddor verharmlost die Scharia

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Nach der Forderung der AfD-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel auf die Lossagung von der Scharia sieht sich die moslemische „Religionspädagogin“ und „Islamwissenschaftlerin“ Lamyia Kaddor offensichtlich im Zugzwang, die Ungläubigen bei dem Thema hinter das Licht führen zu müssen. So verharmlost sie in einer Kolumne für t-online die Scharia als „Anleitung für korrektes gottgefälliges Verhalten“. Kein Wort davon, dass sie das Ehe-, Familien- und Strafrecht in mittelalterlicher Form umfassend regelt, die Minderwertigkeit von Nicht-Moslems definiert, den Machtanspruch des Islams formuliert, die alleinige Berechtigung für Moslems zur Gesetzgebung darstellt und die Legitimation für Rauben, Krieg, Gewaltanwendung und Töten gegenüber Andersgläubigen liefert. Die Ergüsse von Kaddor lesen sich wie die Vorlage für ein Kinderbuch:

Der Begriff Scharia stammt aus dem Arabischen. Stellen Sie sich vor, Sie sind in einer der heißen Wüsten Vorderasiens, wo auch die Ursprünge des Islams liegen! Was garantiert Ihnen dort das Überleben? Richtig: Wasser! In der lebensfeindlichen Wüste, müssen Sie den geraden Weg zur Tränke, zur lebensspendenden Wasserquelle kennen, um zu überleben. Genau das meinte man im Arabien vor dem Islam, wenn man von Scharia sprach. Der Fluss Jordan zum Beispiel wurde „al-Scharia al-

kabira“ genannt (Große Scharia), weil er für die Region offenbar die Tränke par excellence war. Im übertragenen Sinn steht die lebensspendende Wasserquelle im Islam für Gott, die Scharia ist mithin der gerade Weg zu ihm.

Diesen Weg suchen alle gläubigen Muslime. Um auf ihm zu bleiben, müssen sie sich ihrem Glauben nach gottgefällig verhalten. Wer das tut, gelangt via Tod zu Gott und dann ins Paradies. Das Wort Scharia bezeichnet nichts anders als Gottes Vorstellung davon, wie sich ein Mensch korrekt verhalten soll. Wir sprechen hier vom Kern einer jeden Religion. Wie kann man von gläubigen Menschen erwarten, dass sie sich davon lossagen? Das wäre nichts anderes, als sie aufzufordern, ihren Glauben abzulegen.

Lamya Kaddor lügt

Der Begriff „gottgefälliges Verhalten“ klingt in Christenohren absolut positiv, und das weiß Kaddor ganz genau. Aber der Islam hat ein komplett anderes Gottesbild als das Christentum: Allah ist eben kein liebender, sondern ein strafender, brutaler, tötungsfordernder und auch selbst tötender Gott. Die Syrischstämmige nimmt hier eine bewusste Täuschung der Ungläubigen und eine unverschämte Verharmlosung der menschenverachtenden Scharia-Regeln vor. Dabei lügt sie auch noch:

Das Problem ist nun aber: die Scharia ist kein Bürgerliches Gesetzbuch. Sie ist nicht festgeschrieben. Es gibt kein Buch namens Scharia. Es gibt allenfalls weitgehend leere Seiten, die permanent mit Inhalt gefüllt werden müssen. Da es im Islam kein Oberhaupt gibt, das bestimmen kann, was Gottes Vorstellungen denn wohl sein mögen, füllt jeder Mensch, jede Strömung im Islam diese Seiten nach eigenen Überzeugungen.

Falsch. Die Scharia ist das umfassende islamische Gesetz, das sich aus den „göttlichen“ Befehlen Allahs aus dem Koran und

den Anweisungen des „Propheten“ Mohammed aus der Sunna zusammensetzt. Im 14. Jahrhundert wurden all ihre Bestandteile in dem Buch „Reliance of the Traveller“ zusammengefasst, das auch bei Amazon bestellt werden kann.

Der Islamische Staat hat 100% Scharia

Zwar hat nicht jedes von Moslems beherrschte Land die komplette Scharia so wie der Islamische Staat umgesetzt. Aber auch Teile von ihr reichen zur Terrorisierung der Bevölkerung aus. Und sie ist wie ein geladener Revolver im Köcher, mit dem jederzeit scharf geschossen werden kann. Je nachdem, welche mohammedanischen Scharfmacher gerade am Umsetzen der „göttlichen“ Gesetze sind.

Kaddor versucht den Islam aus der Verantwortung für Terror, Gewalt, Töten, Kampf, Krieg, Menschenverachtung und Frauenunterdrückung herauszunehmen, indem sie den alten Trick mit dem Kunstbegriff „Islamismus“ benutzt:

Die öffentlich losgetretenen Debatten über „die Scharia“ sind letztlich nur ein Ausdruck des Versuchs, den Unterschied zwischen Islam als einem Glauben und Islamismus als eine politische Ideologie, die sich des Islams bemächtigt, zu verwischen.

Beziehungsweise es geht darum, die Haltung von Terroristen, Verbrechern, Barbaren, die sich für ihre Gewalt, ihre Menschenfeindlichkeit, ihre Frauenunterdrückung auf den Islam berufen, zu verallgemeinern und Muslimen allesamt eine insgeheime Radikalität zu unterstellen.

Die Radikalität ist in der Scharia begründet. Genau das bestreitet Kaddor aber, indem sie behauptet, dass die Scharia nicht per se problematisch sei, sondern nur diejenigen, die sie mit vermeintlich falschen Inhalten füllen würden:

Das Schreckensbild, das so oft mit Scharia verknüpft wird,

ergibt sich allein aus einer islamistisch-fundamentalistischen Sichtweise der Dinge: einer Sichtweise, die die 1.400 Jahre alte Moral und Ethik Arabiens ins Hier und Jetzt tragen will, losgelöst von Entwicklung und Fortschritt.

Genau das verlangt der Islam aber, denn in dieser „Religion“ sind die Befehle Allahs und die Anleitungen von Mohammed zeitlos gültig. Was vor 1400 Jahren galt, gilt auch heute. Die geballte Verharmlosungspropaganda von Kaddor zeigt, dass sie ein verkapptes Islam-U-Boot ist, ähnlich vom Schlage einer Özoguz und Chebli. Je mehr der Islam in die Kritik gerät, desto stärker fallen die Masken dieser Täuschungsspezialisten. Mit dem mächtigen Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag kommt die Diskussion um diese gefährliche Ideologie immer mehr in Fahrt.



Zitelmann: Stalin und seine Bewunderer aus der „Intelligenz“

Mit der Russischen Oktoberrevolution begann vor 100 Jahren der Siegeszug des Kommunismus. Der Zusammenbruch des Kommunismus ist noch nicht lange her. Eine „Vergangenheitsbewältigung“, wie es sie beispielsweise in Deutschland für die Zeit des

Nationalsozialismus gegeben hat, fand in den ehemals kommunistischen Staaten nie statt. In China prangt heute noch Maos Konterfei am Platz des Himmlischen Friedens, obwohl allein bei seinem Experiment des „Großen Sprungs nach vorne“ Ende der 50er-Jahre etwa 45 Millionen Menschen umkamen. Und in Russland treibt der Kult um Stalin heute sogar mehr Blüten als vor einigen Jahrzehnten.

Das erscheint angesichts der menschlichen Tragödie, materiellen Verwüstungen und Vergeudung von Entwicklungschancen, die der Kommunismus angerichtet hat und angesichts der Tatsache, dass es in der Weltgeschichte noch nie eine politische Bewegung und Formation gab, die sich „über eine so lange Periode hinweg derart über alle Kontinente und Länder der Welt erstreckt und die Weltpolitik mit entschieden hätte“ (Gerd Koenen) erklärungsbedürftig. Es ist nur zu erklären mit den Sympathien, die viele führende Intellektuelle im Westen mit den kommunistischen Systemen hatten.

Und heute noch haben! Hier die Fortsetzung des Artikels von Rainer Zitelmann im European!



Wieso steht der Koran nicht auf dem Jugendschutz-Index?

Im Umgang mit dem Islam trägt der deutsche Staat bekanntlich

Scheuklappen. Dabei sind konkrete Regelungen längst überfällig. Wieso steht ein Buch, das faschistoid zum Töten von Juden und Christen auffordert, nicht auf dem Index der jugendgefährdenden Schriften?

Wieso wird nicht eingeschritten, wenn Jugendliche auf salafistische Veranstaltungen gehen?

Die Antwort ist einfach: Der deutsche Staat ist faul und feige.

Denn längst hätte er unter dem Siegel des Jugendschutzes tätig werden müssen. Spätestens jetzt, wo der deutsche Staat höchstpersönlich Zehntausende (angeblich) minderjährige Moslems unter seine Fittiche genommen hat, müsste man sich doch mal Gedanken machen, oder?



Tadschikistan verbietet den Moscheebesuch unter 18 Jahren. In Usbekistan dürfen Minderjährige aus Gründen des Jugendschutzes während der Schulferien nicht betteln, kein Benzin verkaufen, keine Autos waschen – und keine Moschee besuchen.

In Deutschland sind die Eltern per Gesetz für die religiöse Kindererziehung zuständig bis die Kinder mit 14 Jahren religionsmündig sind. Das heißt, die Eltern entscheiden, welche religiöse Unterweisung ihre Kinder erhalten. Das wird

vom Staat nicht überwacht. Jeder religiöse Fanatiker kann Kinder- und Jugendarbeit machen. Es gibt keinerlei Hürden dafür. Sogar für die vom Verfassungsschutz beobachteten Salafisten gibt es keinerlei Auflagen bezüglich Jugendschutz.



Aus Sicht des Jugendschutzes muss der Staat in folgender Weise tätig werden:

- Körperschaften, Gemeinschaften, Vereine und Privatpersonen, die in der religiösen Kinder- und Jugendarbeit tätig sein wollen, müssen hierfür unter modernen pädagogischen Gesichtspunkten staatlich zugelassen worden sein.
- Die der Unterweisung von Kindern und Jugendlichen zugrundeliegenden religiösen Schriften und die in den Veranstaltungen verteilten und verwendeten Schriften und Bildmaterialien sind vorzulegen und vom Staat auf jugendgefährdende Inhalte zu prüfen. Andere als staatlich geprüfte Materialien dürfen nicht eingesetzt werden.
- Religiöse Schriften, die gegen die Würde des Menschen, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Gleichbehandlung der Geschlechter und die Religionsfreiheit gerichtet sind oder zu Straftaten aufrufen, gehören auf einen Index und sind als Material für religiöse Unterweisungen unzulässig.

- Der mit Kindern und Jugendlichen tätige Personenkreis hat eine vom Staat festgelegte und im Inland erworbene religionspädagogische Qualifikation sowie ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis vorzuweisen und über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache zu verfügen.
- Religiöse Veranstaltungen, die den oben genannten Anforderungen nicht gerecht werden, müssen Publikum unter 18 Jahren ausschließen. Das gilt auch für Demonstrationen.
- Die Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften ist mit empfindlichen Strafen zu belegen.



Der deutsche Staat regelt sonst alles. Es gibt DIN-Normen für jede Schraube. Aber wenn es um das geht, was in die Köpfe der nachfolgenden Generationen gelangt, spielt man den Affen vom Dienst. Das geht gar nicht.

Schon vor Jahren mit versteckter Kamera gefilmt – und nie geahndet:



Die Flüchtlingsgewinnler: Caritas und Diakonie

Wer sich wundert, warum sich Kardinal Marx und Bischof Bedford-Strohm vehement für „Flüchtlinge“, aber wenig für ihre verfolgten, mit dem Tod bedrohten Glaubensbrüder einsetzen, dem ist vielleicht nicht bewußt, dass sich Caritas und Diakonie seit Beginn der Flüchtlingskrise im Jahre 2015 eine goldene Nase verdienen. Dürfen Wohlfahrtsverbände solchen Profit machen?

Caritas und Diakonie setzen sich aus tausenden Ortsvereinen zusammen und sind mit insgesamt 1.070.000 hauptamtlichen und mit insgesamt 1.200.000 ehrenamtlichen Mitarbeitern die größten privatrechtlichen Unternehmen Deutschlands. Sie sind zweifellos eine tragende Säule des deutschen Sozialstaates. Beide Vereine genießen steuerliche Vorteile. In der Bevölkerung wird allgemein angenommen, Caritas und Diakonie seien eingetragene Vereine (e. V.) und dürften daher keine Gewinne erwirtschaften. Dieser Eindruck wird möglicherweise noch verstärkt, wenn beide Vereine bei jeder Gelegenheit darauf verweisen, sie seien „Non-Profit-Unternehmen“. Dem ist nicht so! [..]

Für negative Schlagzeilen sorgte die Caritas, als ihr Geschäftsführer Rainer Fink im Februar 2014 seine Geburtstagsfeier als „dienstliche Veranstaltung“ deklarierte, sein neues Büro luxuriös ausstatten ließ und sein Gehalt sich innerhalb von drei Jahren von 102.319 Euro auf 162.319 Euro,

also um 60.000 Euro, erhöhte. Die Diakonie fiel unangenehm auf, als sie 2012 in Berlin ein 65 Millionen teures Verwaltungsgebäude errichten ließ. Pikant an diesen „Ausrutschern“ ist, dass die an Caritas und Diakonie gezahlten Zuschüsse, die vom Staat, also vom Steuerzahler kommen, ungefähr 70 bis 80% ausmachen. Hierbei geht es nicht um „Peanuts“, sondern um zweistellige Milliardenbeträge! (Den ganzen Beitrag von Wolfgang Schimank gibt es bei verlengsfeld.de)



Kairo: Vergewaltigung ist eine nationale Pflicht

Nabih al-Wahsh, ein ägyptischer Rechtsanwalt, ist der Meinung, dass die Vergewaltigung von Frauen, die zerrissene Jeans tragen, „nationale Pflicht“ sei. Das tat er in einer Talk-Show des Sender Al-Assema im ägyptischen Fernsehen ganz offen kund und bewies damit einmal mehr, wie tief die Gewalttätigkeit und der Herrschaftsanspruch männlicher Moslems über Frauen in den Köpfen verankert ist, da hilft auch keine Schulbildung.

Al-Wahsh verteidigt seine Ansichten damit, dass Frauen mit solch einer freizügigen Kleidung Männer geradezu sexuell auffordern würden. Diese Frauen hätten keine Selbstachtung und das rechtfertige eine Vergewaltigung. „Meine eigene Tochter verdient es, vergewaltigt zu werden“, so der Anwalt, der das

offenbar unter Vaterliebe versteht. Es handelt sich dabei um eine ähnlich pervertierte „Zuneigung“, wie sie der pakistanische Moslem verstand, der am 23. Oktober in Hamburg seiner zweijährigen Tochter die Kehle durchschnitt.

In Ägypten wird die Mode der zerrissenen Jeans seit einigen Monaten kontrovers thematisiert. Moslemische Politiker fordern, dass diese Kleidung an bestimmten Orten wie Universitäten verboten werden sollte.

Frauen gehen auf die Barrikaden

Der ägyptische Nationalrat für Frauenrechte (NCWR) reichte unterdessen bei der zuständigen Staatsanwaltschaft und dem Medienrat Beschwerde gegen den Sender und Nabih al-Wahsh ein.

Maya Morsi, die Vorsitzende der NCWR, erklärte gegenüber der Presse, dass Al-Wahshs Aussagen einen Verstoß gegen die Verfassung darstellten, die die Sicherheit und den Schutz von Frauen gewährleisten soll. Sie sei besonders darüber schockiert, dass so etwas von jemandem gesagt werde, dessen Beruf es sei die Rechte und Freiheiten der Menschen zu schützen. Die Erklärung sei eine direkte Anstiftung zur Vergewaltigung und bedrohe die öffentliche Sicherheit und den Frieden, so Morsi.

Ägypten war einmal ein freies christliches Land. Doch wie überall wo der Islam Fuß fasst und in Machtpositionen kommt, ist es spätestens danach vorbei mit „Frieden und Sicherheit“ – nicht nur für Frauen. Dann regiert der islamische Hass, die Verrohung und Menschenverachtung. Auch die Christenverfolgung durch den Islam ist ein prekäres sicherheitspolitisches Problem in dem Land. (lsg)



Rostock: Grapscher aus dem „Südland“ gesucht

Rostock: Die Rostocker Polizei sucht weiterhin nach einem Sexualstraftäter. Der unbekannte Mann hat am 7. Oktober 2017 gegen 6 Uhr morgens eine 34 Jahre alte Frau im Bereich der Ernst-Barlach-Straße verfolgt und auf Höhe des Kuhtors körperlich angegriffen.

Nachdem ein Zeuge die Hilferufe der Frau vernahm und auf sich aufmerksam machte, ließ der Täter von der Frau ab und flüchtete.

Die Person wird wie folgt beschrieben: scheinbares Alter 30 bis 35 Jahre, ca. 1,70 bis 1,80 m groß, schlank, sportliche Figur, südländisches Erscheinungsbild, sprach kein Deutsch, kurze, schwarze Haare (Fasson), er trug vermutlich eine helle Hose, an den Knöcheln hochgekremgelt, war bekleidet mit einer beige bis hellbraunen Kapuzenjacke, trug schwarze Turnschuhe.

Anhand eines Zeugen konnte ein Phantombild erstellt werden, dass nun veröffentlicht wird. Wer Hinweise zum Täter geben kann, wird gebeten, sich in der Einsatzleitstelle des Polizeipräsidiums Rostock unter der Telefonnummer 038208 / 888 2222, über die Internetwache unter www.polizei.mvnet.de oder bei jeder anderen Polizeidienststelle zu melden. (*Pressemitteilung des Polizeipräsidiums Rostock vom 27.10.2017*)



Anmerkung von Pi-NEWS: Nachfolgend der erste Zeugenaufruf der Polizei vom 07.10.2017. Hierbei ist auffällig, dass die Polizei trotz ansonsten relativ detaillierter Täterbeschreibung ein Hauptkennungsmerkmal, nämlich die Ethnie verschweigt. Somit verringert die Polizei die Chance auf verwertbare Zeugenhinweise, und ist mitverantwortlich, falls der Täter nicht gefasst und ein weiteres Mal zuschlagen kann:

Rostock (ots) – Am 07.10.2017 kam es gegen 06:00 Uhr in Rostock zu einem Übergriff mit sexuellem Hintergrund. Eine 34-jährige Frau stieg am Rostocker Steintor aus einer Straßenbahn aus und ging die E.-Barlach-Straße entlang. Im Durchgang des nahegelegenen Kuhtors überfiel sie ein Unbekannter. Dieser umklammerte sie, versuchte sie zu küssen und berührte sie unsittlich. Er ließ von der Frau erst ab und flüchtete, als eine Passantin sich näherte. Der Täter wird wie folgt beschrieben:

- ca. 180 – 185 cm groß*
- schlanke, sportliche Gestalt*
- Bekleidung: helle Jacke mit Kapuze*

Wie aufgrund der muslimisch-rassistischen Silvester-Pogrome bekannt wurde, werden Straftaten von „Flüchtlingsen“ systematisch vertuscht: „Es gibt die strikte Anweisung der Behördenleitung, über Vergehen, die von Flüchtlingen begangen werden, nicht zu berichten. Nur direkte Anfragen von Medienvertretern zu solchen Taten sollen beantwortet werden.“ Trotz des absichtlichen Vertuschens nachfolgend wieder einige Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe durch Rapefugees, die es an die Öffentlichkeit geschafft haben. Dank des Asylanten-Tsunamis von vorwiegend jungen Männern im Alter von 18-35 Jahren gibt es in Deutschland im Jahr 2017 20 Prozent mehr Männer als Frauen. Abgeschoben werden Merkels Ficki-Ficki-

Fachkräfte übrigens so gut wie nie. Inzwischen befinden sich über eine halbe Millionen abgelehnter Asylbewerber in Deutschland, und sie werden so gut wie alle dauerhaft hierbleiben. #Merkelherbst 2017 #“Schutz suchen“ vor „Schutzsuchenden“

Neuss-Norf: Am Montagnachmittag (16.10.), gegen 15:50 Uhr, hatte sich ein unbekannter Mann an der Ruhrstraße in seinem Auto entblößt und sich in schamverletzender Weise gezeigt. Die Polizei erhielt am Dienstag (17.10.) Kenntnis vom Vorfall und fahndet nun nach dem Exhibitionisten, der in einem dunklen Kleinwagen mit Kölner Städtekennung (K) unterwegs war. Der Sittentäter wird von der Zeugin folgendermaßen beschrieben: Etwa 25 bis 30 Jahre alt, dunkle Hautfarbe und dunkle Haare

Chemnitz: Wegen eines unbekanntes Entblößers rief man die Polizei am Dienstag (17. Oktober 2017), gegen 18.15 Uhr, in die Straße Usti nad Labem. Im Bereich einer Grundschule hatten sich gegen 17.45 Uhr zwei Mädchen (11) aufgehalten und einen Mann beobachtet, der mit geöffneter Hose vor einem Gebüsch stand. Nachdem die Mutter (39) des einen Mädchens wenig später vom Vorfall gehört hatte, ging sie selbst zum beschriebenen Ort. Auch zu diesem Zeitpunkt stand der Mann mit geöffneter Hose vor dem Gebüsch, lief dann aber in Richtung Flughafen davon. Herbeigerufene Polizisten konnten bei der Tatortbereichsfahndung keine Person, auf die die Täterbeschreibung passte, feststellen. Der Entblößer soll nach Zeugenangaben dunkle Haut haben. Der Mann war mit einer schwarzen Hose und einem T-Shirt bekleidet, trug zudem weiße Schuhe.

Gütersloh-Rietberg: Am Dienstagnachmittag (17.10., 17.15 Uhr) waren drei 15-jährige Mädchen aus Rietberg mit ihren Fahrrädern auf dem Parkplatz des ZOBs am Torfweg unterwegs, um von hier weiter in Richtung des Fuß- und Radweges An der Bleiche zu fahren. Im Bereich der Hecke zwischen dem Parkplatz und dem Weg zeigte sich ihnen ein Mann in Scham verletzender Weise. Die Mädchen fuhren darauf mit ihren Rädern schnell

weiter. Der Täter flüchtete über den Fuß- und Radweg An der Bleiche in Richtung Innenstadt. Er wird wie folgt beschrieben: Etwa 40 bis 50 Jahre alt, ca. 1,70m – 1,80m, schlank, südländischer Typ, graue Jogginghose, weinroter Pullover, braune Weste, dunkle Basebalkappe, ungepflegtes Erscheinungsbild.

Tübingen: Möglicherweise ein und derselbe Täter ist am Dienstagvormittag innerhalb kurzer Zeit gleich in zwei Fällen als Exhibitionist in Erscheinung getreten. Gegen 10.30 Uhr näherte sich der Unbekannte im Gebäude der Volkshochschule einer 42 Jahre alten Frau von hinten. Als sie den Mann bemerkte und sich umdrehte, musste sie erkennen, dass dieser sein Geschlechtsteil aus der Hose genommen hatte, onanierte und dabei in ihre Richtung starrte. Das Opfer reagierte richtig und schrie den Täter lauthals an, der daraufhin sofort weglief. Rund 20 Minuten später kam es in der Universitätsbibliothek zu einem weiteren, fast identischen Vorfall. Auch hier hatte sich der Exhibitionist im Rücken einer Frau genähert. Das 23-jährige Opfer wurde auf den Unbekannten aufmerksam und drehte sich nach ihm um. Sie erkannte den neuerlich onanierenden Täter, der, nachdem er entdeckt wurde, sofort die Flucht ergriff und davon rannte. In beiden Fällen leitete das Polizeirevier Tübingen umfangreiche Fahndungsmaßnahmen ein. Der Täter konnte aber nicht mehr gefasst werden. Die Polizei schließt nicht aus, dass es sich bei dem Exhibitionisten um ein und dieselbe Person gehandelt haben könnte. Übereinstimmend wird der Unbekannte von den beiden Opfern als etwa 25-jährig und 180 Zentimeter groß beschrieben. Er hat eine normale Statur und einen dunklen Teint.

Freiburg: Bereits am Samstag, 14.10.2017 wurde der Polizei gegen 07:45 Uhr durch einen Mitarbeiter der VAG mitgeteilt, dass es soeben zu exhibitionistischen Handlungen gekommen sei. Jetzt befände sich der Täter in der Straßenbahn Linie 5 kurz vor der Haltestelle „Pressehaus“. Nach unmittelbarer Anfahrt

mehrerer Streifen des Polizeireviers Freiburg-Süd konnte der Tatverdächtige noch mit heruntergelassener Hose in der Straßenbahn Linie 5 festgenommen werden. Er hatte zuvor im Bereich der Haltestelle „Haslacher Bad“ vor mindestens drei Geschädigten an seinem Geschlechtsteil manipuliert. Es handelt sich beim Tatverdächtigen um einen 17-Jährigen marokkanischer Staatsangehörigkeit 17-Jährigen marokkanischer Staatsangehörigkeit, der einen Freund in Freiburg besucht hatte. Er wurde aufgrund einer vorliegenden Ausweisungsverfügung in Abschiebehaft genommen.

Weißenburg: Eine Frau meldete sich bei der Polizei und gab an, dass ihr Kinder erzählt hätten, dass sich ihnen am Sonntag ein Mann in schamverletzender Weise gezeigt hätte. Die Polizei sucht weitere Zeugen. Die vier Kinder im Alter von 9 bis 12 Jahren wurden gestern zu dem Vorfall befragt und gaben an, dass ein unbekannter Mann am Sonntag (15.10.17) gegen 16:00 Uhr an ihnen vorbeiging, als sie am Gehweg „An der Schafscheuer“ saßen. Dabei holte er sein Geschlechtsteil aus der Hose und manipulierte daran vor den Kindern. Der Unbekannte wird von den Kindern wie folgt beschrieben: schwarze, kurze Haare, vermutlich Ausländer, bekleidet mit dunkler Jogginghose und weißem T-Shirt.

Neuss-Norf: Am Montagnachmittag (16.10.), gegen 15:50 Uhr, hatte sich ein unbekannter Mann an der Ruhrstraße in seinem Auto entblößt und sich in schamverletzender Weise gezeigt. Die Polizei erhielt am Dienstag (17.10.) Kenntnis vom Vorfall und fahndet nun nach dem Exhibitionisten, der in einem dunklen Kleinwagen mit Kölner Städtekennung (K) unterwegs war. Der Sittentäter wird von der Zeugin folgendermaßen beschrieben: Etwa 25 bis 30 Jahre alt, dunkle Hautfarbe und dunkle Haare.

Emmendingen: Am Dienstag (17.10.2017) war eine 19-Jährige gegen 13:40 Uhr zu Fuß im Bereich des Spielplatzes Luisenstraße unterwegs, als ihr eine männliche Person entgegen kam und unvermittelt an die Brust fasste. Nachdem die Dame ihn angeschrien hatte, entfernte sich der bislang Unbekannte in

Richtung Markgrafenstraße. Beschreibung der Person: Südländer, ca. 20-25 Jahre alt, etwa 170 cm groß, kinnlanges dunkelbraun gelocktes Haar, ungepflegt, bekleidet mit einer schwarzen Winterjacke mit Kapuze, Baseballmütze und kariertem Rucksack in Rot-und Grüntönen.



Judenhass in Berlin: Ursache klar benannt!

Von INXI | Kein einziges Mal fallen Begriffe wie Neonazi oder Rechtsextremismus. Kein einziges Mal wird die „neue Rechte“ in Deutschland erwähnt. Klar und präzise nennt der neue Antisemitismus-Beauftragte der Jüdischen Gemeinde in Berlin, Sigmunt Königsberg, den wahren Grund für den Hass auf Juden und die dadurch erzeugten Ängste der jüdischen Mitbürger: Den Islam, die Islamisierung Deutschlands.

Wir können mit Fug und Recht davon ausgehen, dass Berlin hier exemplarisch für ganz Deutschland steht!

Nach über 70 Jahren ist es wieder soweit

Infolge des Holocaust haben viele der überlebenden Juden Deutschland verlassen, folgerichtig und nachvollziehbar. Diejenigen, die nach dem Krieg aus unterschiedlichen Gründen blieben, haben ihre Existenz wieder aufgebaut und waren Teil der Gesellschaft, wie vor dem Krieg auch. Es gehört aber zur

Ehrlichkeit dazu und soll deshalb an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, dass es sowohl in der alten Bundesrepublik als auch in der ehemaligen DDR antisemitische Tendenzen gab. Das Klischee vom geldgierigen Juden wirkte noch viele Jahre nach und in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts gab es durchaus in beiden deutschen Staaten von Deutschen ausgehende judenfeindliche Aktionen. Aus dem damals „rechten Spektrum“, wenn man so will. In der ehemaligen DDR lagen die Dinge etwas anders, da war man ein Feind der Politik Israels und mit dem Oberterroristen Arafat verbrüdet; nicht die jüdische Rasse oder Glaubensgemeinschaft war der Feind, sondern die Selbstbestimmung Israels.

Im Westen verschwimmen die Grenzen bis heute. Linksdoofe Politik macht es möglich, dass jährlich Millionen Euro aus Deutschland an die sogenannten „Palästinenser“ fließen, während ein deutscher Außenminister bei einem Staatsbesuch (!) in Israel sich lieber mit Terroristen trifft statt mit dem israelischen Ministerpräsidenten (PI-NEWS berichtete). Ein Vorgang, der zu Zeiten Kohls aber wohl auch Schröders undenkbar gewesen wäre. Nun, Merkel macht es möglich!

Existenzrecht Israels als Staatsräson?

Diese Staatsräson war Duktus der gleichermaßen verlogenen Merkel-Regierung wie ihrer willfährigen Medien. Würde das Existenzrecht Israels zur deutschen Staatsräson erhoben werden, müßte dieses mit allen Mitteln – einschließlich Bundeswehreinsatz – verteidigt werden. Daher hat Alexander Gauland eine solche Staatsräson verneint. Und nur daher! Auf Nachfragen kam von Regierungssprecher Seibert nur peinliches und betretenes, entlarvendes Schweigen.

Merkel & Co stehen für Islamisierung Deutschlands

Das Kartell verfolgt freilich eine ganz andere Politik. Merkel und Konsorten überschwemmen Europa mit bildungsfernen Muslimen, deren erklärtes Ziel die Vernichtung Israels als

Staat ist. Deren erklärtes Ziel es ist, Juden zu töten und die alle „Ungläubigen“ zu unterwerfen! Eine Politik unter dem scheinheiligen und löchrigen Deckmantel der Humanität. Ist es human, Kriminelle zu importieren, die sich nicht einigen können, wer die Nachfolge ihres verehrten Schlächters antreten sollte? Ist es human, das eigene Volk zu spalten und den täglichen Übergriffen der Invasoren auszusetzen und ihm darüber hinaus noch 50 Milliarden Euro (Vollkostenrechnung) für deren Unterhalt abzapfen?

Da ist es wahrlich kein Wunder, dass sich Herr Königsberg Sorgen macht – Sorgen machen muß! Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem unsere jüdischen Mitbürger wieder ihre äußerlichen Erkennungsmerkmale verstecken müssen. Daran wird aber auch der neu ernannte Antisemitismus-Beauftragte nichts ändern können: Die Merckelsche Staatsräson liegt auf einer Islamisierung Deutschlands. Ohne Wenn und Aber! Das müssen aber auch die Funktionäre des jüdischen Zentralrates endlich erkennen. Diese haben offiziell Sorge wegen der AfD – wie absurd!

Alle Menschen, denen zivilisatorische Werte noch irgendetwas bedeuten, müssen gegen diese Invasion zusammenstehen; bei Wahlen, in den Gemeinden und Dörfern, in den Städten und auf der Straße! Unser aller Heimat war noch nie in solch einer Gefahr!



Antiterrorereinsatz: Syrer plante Anschlag mit vielen Opfern

In den frühen Dienstag-Morgenstunden nahm ein Sondereinsatzkommando der Polizei in Neu Zippendorf südlich von Schwerin den 19-jähriger Syrer Yamen A. fest. Der islamische VIP-Gast der Kanzlerin soll einen Terroranschlag mit hochexplosivem Sprengstoff in Deutschland geplant und bereits konkret vorbereitet haben, teilte die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe vor kurzem mit. Die Einsatzkräfte durchsuchten Wohnungen in Schwerin und Hamburg, darunter auch die eines weiteren Verdächtigen.

Den Plan zu einem großen Sprengstoffanschlag soll die Dschihad-Fachkraft schon mindestens seit dem Sommer 2017 verfolgen und seither mit der Beschaffung von entsprechendem Material beschäftigt gewesen sein. Was das konkrete Ziel war ist bisher noch nicht bekannt. Auch ist derzeit nicht verifizierbar ob der Festgenommene Mitglied einer terroristischen Vereinigung ist.



Bedford-Strohm: Deutschland hat obergrenzenlose Versorgerpflicht

Von L.S.GABRIEL | Heinrich Bedford-Strohm, Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und Ratsvorsitzender der EKD mischte sich anlässlich des diesjährigen Fünfhundertjahr-Jubiläums der Reformation einmal mal mehr in die politische Debatte in Deutschland ein und ließ uns entsprechend an seinen Vorstellungen dessen, was „gut und richtig“ ist teilhaben.

Nachdem er zu Beginn des Interviews in der Berliner Morgenpost seine Sorge um das Weltklima und unsere Schuld daran durch den CO₂-Ausstoß kundtat, kam auch sofort das Kernthema zur Sprache: Die in deutsche Versorgung „geflüchteten, traumatisierten“ neuen Heiligen aller Asyljunkies, Gutmenschen und Deutschlandvernichter. Seine wichtigste Botschaft in Richtung Politik lautet da, dass es für „Humanität“ keine Obergrenze gebe.

Das klingt erst einmal christlich, würde er damit nicht bloß die Humanität allen anderen als dem deutschen Volk gegenüber meinen. Denn von Schutz für die „schon länger hier Lebenden“ vor Vergewaltigungen, Eisenstangenfolklore, Macheten-Events oder Kopftreter-Sessions sagte er nichts. Dafür aber sprach er umso mehr von einer angeblichen Verantwortung, die die Deutschen gegenüber dem Elend der Welt hätten. Denn auch für jene die (noch) nicht bei uns sind hätten wir zu sorgen, sodass sie „in Würde leben“ könnten, meint er.

Es sind keine Massen gekommen

Ob Bedford-Strohm realitätsverzerrende Medikamente einnehmen muss ist nicht bekannt, den Anschein hat es aber, wenn jemand

erklärt, dass es sich bei den nach Germoney strömenden Forderungsfachkräften nicht um „Massen“ handeln würde. Er wünscht sich dafür aber eine Erweiterung unseres „Verantwortungshorizonts“ für die (auf seiner Wolke) nicht vorhandenen Massen. Selbiger dürfe nämlich nicht an den bayerischen, deutschen oder europäischen Grenzen enden, fordert der evangelische Hirte und sieht den Familiennachzug der illegal Eingedrungenen nicht nur als notwendig, sondern als verkraftbar an.

„Christliches Abendland“ ist diskriminierend

Wer „christliches Abendland“ sagt grenzt aus und muss ausgegrenzt werden, so die Logik Bedford-Strohms wenn es darum geht mit der AfD in Diskurs zu treten und sich zumindest deren Argumente anzuhören. Bedford-Strohm wörtlich:

Es gibt aber in der AfD Kräfte, die rechtsextremes Gedankengut salonfähig machen. Und wenn in diesen Punkten keine klaren Trennlinien gezogen werden, gibt es keine Grundlage für offizielle Gespräche. [...] Voraussetzung für offizielle Gespräche wäre, dass es eine gemeinsame Grundorientierung gäbe. Wenn aber zum Beispiel der Begriff „christliches Abendland“ verwendet wird, um andere Menschen auszugrenzen und zu diskriminieren, widerspricht das dem biblischen Zeugnis.

Der evangelische Oberhirte spricht also nur mit Menschen, die seiner Meinung sind und eine „gemeinsame Grundorientierung“, wie er sich ausdrückt, nachweisen können. Es ist ja auch viel anstrengender sich mit jemandem zu unterhalten, der sich nicht von der eigenen suizidalen Grundhaltung überzeugen lassen wird. Gemeinsam von einer Klippe zu springen ist sicher weniger aufwändig, zumal man das ja dann im Gedanken „hinter mir die Flüchtlingsflut“ tun kann.

„Selbstkritische Auseinandersetzung“ des Islam

Von den Moslems verlangt der Bischof eine selbstkritische Auseinandersetzung mit ihrer „Religion“.

So eine Forderung im Zusammenhang mit dem Islam zeugt entweder von Unkenntnis der Materie oder ist ebenso wie das vorangegangene einer gewissen Desorientierung geschuldet. Da der Islam keine Religion, sondern eine ganzheitliche Ideologie, inklusive einer strikten Alltagsgesetzgebung in Form der Scharia ist, ist ein derartiges Ansinnen nicht realisierbar. Gesetze sind nämlich, egal ob man sie kritisch betrachtet oder nicht, für diejenigen, die sie ernst nehmen nicht verhandel-, sondern lediglich exekutierbar. Und ganz genau das macht der Islam, der im Übrigen ganz genau wie offensichtlich Bedford-Strohm mit seinen Zurufen an die Politik, nichts hält von der Trennung von Kirche und Staat.



Ist der Islam eine Religion?

GASTBEITRAG | Aktuell steht in der Diskussion, ob bzw. wie weit sich Muslime auf Art. 4 Abs. 2 GG – „Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet“ stützen können. Leider fehlt es zu diesem GG-Artikel an einer allgemeingültigen Definition des Begriffs „Religion“.

Wikipedia definiert sie als „Sammelbegriff für eine Vielzahl unterschiedlicher Weltanschauungen, deren Grundlage der jeweilige Glaube an bestimmte transzendente (überirdische,

übernatürliche, übersinnliche) Kräfte ist, sowie häufig auch an heilige Objekte.“ Demnach wäre z.B. auch Satanismus eine Religion. Zu seiner Ausübung sollen u. a. Körperverletzungen, der Missbrauch von Schutzbefohlenen und andere Handlungen gehören, die im Geltungsbereich des Grundgesetzes unbestritten als Straftaten gelten. Diese Handlungen dürften die Väter des GG nicht gemeint haben, als sie die Ausübung von Religion gewährleisten wollten.

Die Väter des GG sind in einer Welt christlicher Traditionen aufgewachsen, wie wohl auch viele Leser dieser Zeilen. Demnach bedeutete für sie Religion eine Weltanschauung auf der Grundlage des Glaubens an transzendente Kräfte, welche vom Menschen eine Art zu leben fordern, die ihnen als die einzig möglich von einem Gott gewollte erschien: Friedfertig, respektvoll gegenüber allen Geschöpfen, insbesondere untereinander, gegenseitig hilfsbereit und in liebevollem Umgang untereinander. Das GG stand damit im vollen Einklang.

Der Islam spielte bei der Entstehung des Grundgesetzes keine Rolle

An die Möglichkeit einer Religion, die z.B. allen, die sich nicht zu ihr bekennen, nur mindere Rechte zubilligt, stellenweise gar ihrer zu Tötung auffordert, dachten seine Verfasser offenbar nicht. Sonst hätten sie eine Regelung ins GG aufgenommen, wie zu verfahren ist, wenn zur ungestörten Ausübung gehört, im GG stehende Grundrechte zu verletzen, z.B. das Grundrecht auf das Leben und die körperliche Unversehrtheit gem. Art. 2 Abs. 2, die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen und das Bevorzugungs- und Benachteiligungsverbot wegen des Glaubens und religiöser Anschauungen in Art. 3.

Das Fehlen einer solchen Regelung wäre zwar vermeidbar gewesen, hätten die Verfasser des GG vor dessen Formulierung den Koran und die Sunna studiert, oder sich wenigstens ausführlich von Kennern dieser Schriften beraten lassen. Dies

offenbar unterlassen zu haben, sei ihnen jedoch nachgesehen. Hierzulande kannte kaum jemand besagte Schriften näher, und die Verfasser des GG vermutlich auch nicht. Nichts deutete auf die mögliche Existenz einer Religion hin, zu deren Ausübung ausgerechnet die Verletzung der Grundrechte gehörte, die man gerade am Festschreiben war.

Den Vätern des GG dürfte es ähnlich gegangen sein wie dem Verfasser dieses Beitrags und wohl auch den meisten anderen schon länger hier Lebenden:

Sie wuchsen in einer Zeit, die sie für modern hielten, in christlicher Tradition auf, gingen offenbar davon aus, wie die christlichen Lehren würden auch alle anderen heutigen Religionen allumfassend nur Frieden, Liebe und gegenseitigen Respekt predigen. Sich mit diesen anderen Religionen näher zu befassen, hatten sie keine besondere Veranlassung. Ohne deren nähere Kenntnis glaubten sie offenbar, die Unterschiede zwischen den heutigen Glaubensrichtungen beträfen nur Feinheiten des Glaubens und der Rituale, etwa ob es einen über allem stehenden Gott gibt, ob er ggf. dreifaltig ist, ob Jesus Christus Bestandteil dieser Dreifaltigkeit war, statt von einem Menschenmann vom Heiligen Geist gezeugt war, ob er nach seiner Kreuzigung wieder von den Toten auferstanden ist, ob die oberste Instanz Gott, Jehova, Allah oder sonst wie heißt, wann man wie fasten oder feiern soll, wie viele Ehepartner man haben darf usw. .

Die Bedrohung kommt direkt aus dem Islam

Lange nach der Abfassung des GG trat allerdings seit einigen Jahren das zuvor völlig unbekanntes Phänomen weltweit immer zahlreicher werdender brutaler Tötungsdelikte unter dem Ausruf „Allahu akbar“ auf. Jedermann weiß heute, dass dieser Ausruf ebenso Teil islamischer Religionsausübung ist wie das Beten des Vaterunsers im Christentum. Da man jedoch hierzulande von ähnlicher Friedensliebe und Wertschätzung jeden menschlichen Lebens im Islam ausging, wie man es vom

heutigen Christentum kannte, musste man nach den ersten besagter Mordanschläge mit dem „Allahu akbar“-Ruf noch nur von einzelnen geisteskranken Tätern ausgehen, die rein zufällig Muslime waren. Doch fanden inzwischen so viele derartige Anschläge statt, dass ein kausaler Zusammenhang mit dem Islam nicht mehr vernünftig bezweifelt werden kann. Spätestens, seit mit dem IS eine fünfstellige Zahl erklärter Islamanhänger unter vieltausendfachem brutalstem Morden in Syrien und dem Irak eine große Landfläche mit Millionen Einwohnern zur Errichtung eines islamischen Gottesstaates in ihre Gewalt brachten, lehrt die Wirklichkeit, dass – so friedfertig die meisten einzelnen Muslime persönlich sein mögen – vom Islam erhebliche Gefahr für die Welt ausgeht. Jede Politik, die den Anspruch erhebt, Schaden von der Welt oder unserem Volk abwenden zu wollen, muss diese Gefahr ernst nehmen und darauf eine adäquate Antwort suchen.

Seriöserweise sind dafür als erstes die Gefahrursachen zu erforschen. Da die Bedrohung aus dem Islam kommt, muss dazu dieser verstanden werden. Die Grundlagen seiner Lehre finden sich in seinen Schriften Koran und Sunna.

Die Kenntnis von der Natur des Islam ist für jeden Volksvertreter ein Muss

Sich mit ihnen ausreichend intensiv zu beschäftigen, um den Islam hinreichend zu verstehen, kann von einem Nichtmoslem normalerweise nicht erwartet oder gar verlangt werden, und die wenigsten in unserem Land werden es tun. Folgerichtig verstehen nur sehr wenige den Islam wirklich, was ihnen auch nicht vorzuwerfen ist. Doch über den Umgang mit dem Islam heute politische Entscheidungen zu treffen, ohne ihn profund verstanden zu haben, ist mindestens so verantwortungslos wie Autofahren ohne Fahrschule und Führerschein. In der heutigen Zeit ist daher eine intensive Befassung mit Koran und Sunna für Bundespolitiker ein absolutes Muss. Leider wird es offenbar verbreitet ignoriert.

Wer jene grundlegenden Schriften des Islam liest, dem wird es zwangsläufig wie Schuppen von den Augen fallen, woher die Gefahren kommen, wie groß sie sind, und was entscheidende Unterschiede etwa zu den christlichen Lehren sind:

Während etwa die heilige Schrift der Christen vor allem Liebe und Achtung vor jedem Leben predigt, ihr Stifter Jesus Christus trotz erheblicher Anhängerschaft auf jegliche Gewaltanwendung verzichtete, sondern sich sogar von seinen Gegnern völlig widerstandslos foltern und ermorden ließ, handelt es sich bei Koran und Sunna um eine Art Biographie eines äußerst brutalen, gewalttätigen Kriegsherren, vielfachen Mörders und Mordauftraggebers im Stile seiner grenzenlosen Verehrung. Sein Name: Mohammed. Offenbar hatte dieser das historisch einzigartige Kunststück fertiggebracht, in jenen Schriften seine Gräueltaten schon seit ca. 1400 Jahren als mustergültig und sich selber als Gottes ultimativen Propheten feiern zu lassen. Diese Schriften triefen vor Blut und Aufrufen zur Tötung z.B. Ungläubiger. In der Geschichte erwiesen sie sich als hervorragende Grundlagen für ausgedehnte militärische Eroberungen ihrer Anhänger. Darauf beruht historisch die große Ausbreitung des Islams in der Welt mit weit über einer Milliarde Anhängern. Das Christentum hingegen hatte sich überwiegend friedlich durch Missionierung und Bekehrung ausgebreitet.

Erfreulicherweise morden trotz der blutrünstigen Schriften des Islam die meisten heutigen Muslime nicht. Sie sind nur deshalb Muslime, weil ihre Geburtsländer vor vielen Jahren von Mohammeds Anhängern erobert wurden. Aber wie der Autor dieses Aufsatzes bestürzt feststellen musste, trägt der Islam als Grundlage des oben genannten Mordens des IS und anderer islamischer Organisationen die blutige Gewalt – wie auch Ungleichbehandlung von Mann und Frau so wie Versklavungen – in sich.

Für die überwiegende Mehrheit unseres Kulturkreises wohl völlig unfassbar gehört sogar das Töten eines Menschen, nur

weil er vom Islam abgefallen ist, zur Ausübung des Islam. Eine solche Religionsausübung kann unser GG nicht schützen wollen.

Verantwortliche Politik kommt an solchen Inhalten nicht vorbei

Insbesondere muss sie die Unstimmigkeit zwischen dem Art. 4 Abs. 2 GG einerseits und Art. 2 Abs. 2 und Art. 3 GG andererseits beseitigen, die uns der Islam gegenwärtig aufzeigt.

Darauf zielt z.B. der AfD-Abgeordnete Glaser ab, der die aktuelle Diskussion auslöste. In Ermangelung einer Legaldefinition des Begriffs Religion in Art. 4 Abs. 2 GG, schlägt er vor, ihn so zu verwenden, wie die Verfasser des GG ihn gemeint haben müssen. D.h. dass nur Weltanschauungen unter diesen Begriff fallen können, die dem GG nicht entgegen stehen. Der Islam verfehlt jenes Kriterium, weil er seinen Anhängern mehr Rechte zuerkennt als anderen, Männer und Frauen rechtlich ungleich stellt und ein Rechtssystem mit Strafen vorsieht, welche das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit einschränken.